tiv-reaktionärer philosophischer Strömungen und Themen (insbesondere der Lebensphilosophie, und dies auch im "ideologischen Alltagsleben") näher beleuchtet. Thematisiert wurden die neueste Nietzsche-Renaissance, die politischen Elite-Konzeptionen Kaltenbrunners, das Bild des "rechten Intellektuellen" u.a.m.

Die Diskussion markierte einen ersten Schritt zur kritischen Sichtung und Analyse offenkundig auch in der Bundesrepublik massiv verfolgter und geförderter Ansätze in Richtung auf eine ideologische "Neue Rechte", die um Einfluß in den ideologischen Apparaten, im Bildungswesen, an den Hochschulen, im wissenschaftlichen Leben insgesamt ringt - ein Gegenstand, der ohne Zweifel in Zukunft mehr Aufmerksamkeit verdient als ihm bisher gewidmet wurde.

In der Arbeitsgruppe sprachen u.a.: André Leisewitz (Frankfurt/M.), Rainer Rilling (Marburg/L.), Hans Simon (Saarbrücken), Alexander von Pechmann (München), Achim Bühl (Marburg/L.), Michael Weingarten (Bodenheim), Alessandro Mazzone (Rom/Messina), Stefan Isensee (Berlin/West), Maria Böhm (Mainz), Heike Gohl (Hamburg), Kurt Wanner (Stuttgart), András Gedö (Budapest), Reinhard Opitz (Köln), Frank Stern (Berlin/West).

Rainer Rilling *

Ist der "unpolitische Wissenschaftler" noch die Leitfigur konservativer Wissenschaftspolitik?

I.

Aus dem richtigen historischen Tatbestand, daß der "unpolitische Wissenschaftler" die Leitfigur konservativer Ideologiepolitik in der Weimarer Republik gewesen ist, die dann durch das Konzept des völkisch-politisierten Wissenschaftlers abelöst wurde, schließen in der neueren Diskussion manche - wie zum Beispiel Holger Wendel in seinem ausgezeichneten Referat auf der Theoriekonferenz des MSB Spartakus vor wenigen Wochen in Marburg [1]) -, daß die gegenwärtige konservative Ideologiepolitik auf eine Rekonstruktion dieses Leitbilds des unpolitischen Wissenschaftlers abziele, des "erfinderischen Zwergs", der von den gesellschaftlichen Folgen seines Tuns absehe. Zu zeigen, daß Wissenschaft politisch sei, gehört dann zu den ersten Aufgaben politischer Aufklärung. Diese Einschätzung vereinfacht jedoch m.E. zu sehr und wird der Differenziertheit der augenblicklichen Entwicklung nicht gerecht.

*) Dr.; Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg; Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi); Marburg/L.

1) H. Wendel: Neun Thesen zur Entstehung, Entwicklung und zu weiteren Perspektiven der gewerkschaftlich-orientierten Politik, in: Bundesvorstand des MSB Spartakus (Hrsg.): "Marxismus und Studentenbewegung". Theoretische Konferenz am 9. und 10. Februar 1985 in Marburg, Bonn 1985, S. 5 ff.

II.

Sicherlich existiert in der gegenwärtigen konservativen Wissenschaftspublizistik auch das traditionelle Weimarer Leitbild des unpolitischen Wissenschaftlers. Dieses Leitbild hat drei Bestandteile:

Politik und Wissenschaft haben nichts miteinander zu tun; eine eventuelle politische Betätigung von Wissenschaftlern tangiert nicht die Wissenschaft, sie ist Privatsache. Dahinter stand natürlich auch die konservativ-elitäre Verachtung für die Masse, den Pöbel, die Republik und den Sozialismus.

Da die Gewinnung objektiv wahrer Erkenntnisse die zentrale gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft ist, gilt sie auch als der zentrale Bestandteil ihres Wertsystems; Fragen der Anwendung gelten als außerwissenschaftlich und fallen daher nicht unter die Verantwortung des Wissenschaftlers.

Als "Patrioten" und "Staatsbürger" sind die Wissenschaftler freilich bereit, ihre Arbeit in den Dienst einer übergeordneten Sache zu stellen, handele es sich um das Vaterland oder das Volk.

III.

Auch wenn in weiten Bereichen der naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung dieses Leitbild ungebrochen weiter vertreten wird, sehe ich doch vier Momente, die zur Auflösung dieses Ideals beitragen:

1. Traditionell gehört zu diesem Leitbild - sofern es sich um Natur- und Technikerwissenschaftler handelt - seit jeher ein weiteres Merkmal, das bei der Beschreibung des unpolitischen Wissenschaftlers fast immer übersehen wird: ein unproblematisches, enges Verhältnis zur industriellen Praxis. Sich für Fragen der politisch-gesellschaftlichen Praxis als unzuständig zu erklären, ging eng einher mit einem oft intimen Eingebundensein in die kapitalistische Industriepraxis. Das Leitbild des Unpolitischen definierte dieses Verhältnis zur Industrie als sachlich-wertfrei, somit moralisch unbedenklich und damit politikfrei. Dies ist das eigentlich Politische des Konzepts der unpolitischen Wissenschaft.

Vor allem das neu-industrielle Kapital war imstande, die Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapitalverhältnis rasch voranzutreiben und zugleich durch wisssenschaftsinhaltliche Anreize - Stichwort "Frontforschung" -, durch materielle Privilegierung, durch Fernhalten gesellschaftlicher Alternativen, selten endlich durch Repression eine Politisierung dieses Verhältnisses zu verhindern. "Die Naturwissenschaft steht in höherem Maße als andere Wissenschaften außerhalb der staatspolitischen Kontroversen", vermerkt Carl Bosch, Kapitalist, Industrieller, Wissenschaftler.

In dieser Hinsicht differiert das konservative Leitbild des Wissenschaftlers, wie es gegenwärtig in der Öffentlichkeit vorgeführt wird, nicht vom traditionellen Muster. Allerdings erleben wir eine Steigerung des zuletzt genannten Merkmals, der These von der Notwendigkeit des bewußten Praxisbezugs auf die Industrie. Für diesen offenbaren und m.E. außerordentlichen Relevanzzuwachs dieses einen, oft übersehenen Merkmals des konservativen Leitbildes vom unpolitischen Wissenschaftler gibt es drei Gründe:

- Insbesondere die Biotechnologie, aber auch die Mikroelektronik bieten von der stofflich-kognitiven Seite her gegenwärtig qualitativ neue Möglichkeiten, in kleinem Maßstab - gleichsam mit einem Karriereeinstieg als "Freiberufler", d.h. als kleiner Wissenschaftswarenproduzent, Wissenschaft und Praxis miteinander zu verknüpfen. Solche Möglichkeiten sind - als verbreitetes Phänomen - neu und bringen das Moment der Praxis weit stärker in die Forschung hinein.

- Das aktuelle strategische Hauptanliegen der gegenwärtigen Forschungs- und Technologiepolitik - die Herstellung eines Innovationsverbundes und die Steigerung des Innovationstempos - verlangt eine weit engere Verknüpfung der industriefernen wissenschaftlichen Arbeit mit der industriellen Praxis, als sie in den zwanziger Jahren existierte oder auch in den Wissenschaftsreformen der sechziger und siebziger Jahre realisiert wurde. Die Stellung der Grundlagenforschung wird neu definiert: "Der früher häufig lange Weg über die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung bis zur wirtschaftlichen Innovation ist heute oft auf nur wenige Schritte zusammengeschrumpft." [2)]

- Endlich ist die Phase der extensiven Reproduktion des öffentlichen Wissenschaftspotentials spätestens Ende der siebziger Jahre zu Ende gegangen; die Konzepte der Eliteforschung und Flexibilisierung des Mittelbaus sind simple Umschreibungen einer betrieblichen Ökonomisierungs- und Rationalisierungspolitik, die im Zeichen schrumpfender Finanzmassen Arbeitsintensität und -effektivität steigern will. Geistige Arbeit wird in ganz grundsätzlich anderer Weise mit dem Sachverhalt der Ökonomisierung und Intensivierung konfrontiert, als dies noch in der Phase der extensiven Reproduktion in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten der Fall war.

Diese drei Sachverhalte: Qualität der oftgenannten Hochtechnologiebereiche, Steigerung des Innovationstempos auf der Basis weitreichender Innovationsverbunde und Rationalisierung der geistigen Arbeit rücken die Dimension der Ökonomie, der industriellen Praxis und der Kapitalsubsumtion ganz anders in den Erfahrungshorizont des Wissenschaftlers, als dies in den zwanziger Jahren, aber auch nach 1945 der Fall war.

In der quantiativ neuen, außerordentlich engen Verknüpfung von Wissenschaft und industrieller Praxis sehe ich einen ersten, das Ideal des unpolitischen Wissenschaftlers tenden-

2) Bundesbericht Forschung 1984, Bonn 1984, S. 21.

ftlers, wie es
ionellen Muster. Al-
s, der These von der
sen offenbaren und
ien Merkmals des
rei Gründe:

ten von der stoff-
in kleinem Maßstab
leiner Wissenschafts-
Solche Möglich-
nt der Praxis weit

ngs- und Techno-
gerung des Inno-
ernen wissenschaft-
ahren existierte
Jahre realisiert
früher häufig
bis zur wirtschaft-
hrumpft." 2)

Wissenschaftspoten-
epte der Elitefor-
n einer betriebli-
hrumpfender Finanz-
it wird in ganz
und Intensivierung
n den ersten drei

reiche, Steigerung
le und Rationali-
ndustriellen Pra-
es Wissenschaft-
ar.

schaft und indu-
nschaftlers tenden-

ziell auflösenden Faktor.

2. Eng mit dieser neuartigen Einbindung in die kapitalistische Verwertungspraxis hängt auch zusammen, daß aufgrund des Vergesellschaftungsprozesses der Wissenschaft bereits in die Anlage und Planung von Forschungsprojekten die systematische Reflektion ihrer politischen, ökonomischen, sozialen und technischen Folgen hineingenommen werden muß. Dies hängt mit der Verkürzung der Innovationszeit ebenso zusammen wie mit den neuen, nicht selten globalen Folgedimensionen der Wissenschaft, die es in den zwanziger Jahren nicht gegeben hat. Daß die wissenschaftsethisch geprägte Diskussion um die Rolle der Wissenschaft im Frieden/Krieg-Kontext auch in konservative Wissenschaftsbereiche eingedrungen ist, hat darin eine Voraussetzung.

3. Die Kapitaloffensive im Forschungssektor, die seit Anfang der achtziger Jahre sich in den vielfältigsten Formen - keineswegs nur auf den "Hochtechnologiesektor" beschränkt - abspielt, und das sich daraus ergebende engere Verhältnis zur industriellen Praxis verändert natürlich auch die soziale Situation der breiten Massen der Wissenschaftler. Sie werden zwar nicht zu industriellen Teilarbeitern reduziert, aber erleiden dennoch - auf dem Boden anständiger Privilegien - einen beträchtlichen Autonomieverlust, der Anteil sozial ungesichert arbeitender, vor allem junger Wissenschaftler ist im letzten Jahrzehnt stark gestiegen - vielleicht 5 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen sind noch unbefristet beschäftigt. Die soziale Differenzierung hat natürlich Folgen für die Bewußtseinsentwicklung eines großen Sektors der Wissenschaftler.

4. Endlich schließen gesteigerter Industriebezug, Einbeziehung der Folgen der eigenen Arbeit und soziale Differenzierung neue Zugänge zu den sozialen Kräften und Bewegungen auf, die sich im Widerspruchsfeld von Kapital und Arbeit und in der Betroffenheit durch die Wissenschaftsfolgen bewegen. In die Arbeiter-, Ökologie- und Friedensbewegung sind seit etwa Mitte der siebziger Jahre ganz neue Gruppen von Wissenschaftlern einbezogen worden, die ihr Berufsbild traditionell als unpolitisch definierten. Mit anderen Worten: Neben der Entpolitisierung steht auch die Repolitisierung der wissenschaftlichen Intelligenz.

Den konservativen Ideologen der geistig moralischen Wissenschaftserneuerung die Absicht zu unterstellen, sie strebten gegenwärtig bloß die Restauration der liberalen Wissenschaftsideologie des industriefern Grundlagenforschung betreibenden Einzelforschers an, geht an der gegenwärtigen Entwicklung vollständig vorbei. Die liberale Wissenschaftsideologie wird abgelöst zunächst von einer staatsmonopolistisch entfalteten, gleichsam betriebswirtschaftlich-sozialpartnerschaftlich geprägten Ideologie, die weitaus realistischer als diese ist, reflektiert die Elite-Masse-Diskussion um Spitzenforschung und Hochtechnologie doch durchaus die hochvergesellschafteten, sich nach dem gesellschaftlichen

Grundwiderspruch differenzierenden und relativ eng mit den Erfordernissen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses verknüpften Produktionsweisen moderner Wissenschaft.

Wenn es also zutrifft, daß die konservative Ideologiepolitik im Wissenschaftsbereich zunehmend auf eine reaktionäre Politisierung der Rollendefinition des Wissenschaftlers abzielt, dann bedeutet dies aber auch, daß die irreversible Verabschiedung des Ideals von der unpolitischen Wissenschaft einhergehen muß mit der Ausarbeitung eines Politik- und Gesellschaftsverständnisses, das innerhalb dieses ideologiepolitischen Bemühens als positiv formuliertes Interpretationsangebot gegenüber den Wissenschaftlern fungiert. Wie dieses Verständnis aussieht, wäre im Einzelnen zu untersuchen.

Alexander v. Pechmann *

Ideologiekritik und ideologischer Klassenkampf. Zur Methodologie der Konservatismuskritik

In meinem Beitrag möchte ich nicht auf die inhaltliche Diskussion über den Konservatismus, seinen Charakter, seine Erscheinungsformen und gegenwärtigen Strategien eingehen. Wozu ich vielmehr sprechen möchte, sind die Probleme einer Konservatismuskritik, die mit den methodologischen Voraussetzungen und erkenntnistheoretischen Implikationen einer solchen Kritik verbunden sind. In den Mittelpunkt möchte ich dabei das Verhältnis des ideologiekritischen Verfahrens zu den Erfordernissen des "ideologischen Klassenkampfs" stellen.

1. Unter "Ideologiekritik" verstehe ich dabei das Verfahren, bestimmte Begriffe, Sätze, Theorien und philosophische Gesamtkonzeptionen auf ihren politischen, sozialen und ökonomischen Ursprung zurückzuführen. Bezogen auf den Konservatismus als einer bestimmbaren politisch-ideologischen Strömung in unserer Gesellschaft bedeutet Ideologiekritik also die Analyse und Klärung seiner sozialen Wurzeln. So sehr auch alle Konservatismusanalysen gemeinsam davon ausgehen, daß die Begriffe und Ideen kein "Eigenleben" haben, sondern nur aus dem gesellschaftlichen und historischen Kontext her zu verstehen und zu erklären sind, so heben doch die marxistischen Konservatismusforscher den engen Zusammenhang zwischen der konservativen Ideologiebildung und der ökonomischen Herrschaft des Monopolkapitals hervor. Konservatismus ist danach dasjenige Gedankensystem, in dem sich die Interessen des Kapitals unter den je spezifischen historischen und nationalen Bedingungen und dem jeweiligen Stand der Klassenauseinandersetzungen gemäß widerspiegeln.

*) Dr. phil.; Dozent, Mitherausgeber der Zeitschrift "Widerspruch - Münchner Zeitschrift Philosophie"; München.